Schnell und friedlich gestorben (Meldung mit Update)

CDU in Niedersachsen trauert um Ernst Albrecht: Seine Tochter von der Leyen gab die Todesnachricht in Afghanistan bekannt

Hannover (wbn). Ernst Albrecht ist tot. Dies hat seine Tochter Ursula von der Leyen bei einem Besuch der Truppe in Afghanistan mitgeteilt.

Er sei „friedlich und schnell“ am heutigen Samstag im Alter von 84 Jahren entschlafen. Zum Tode von Ministerpräsident a.D. Dr. Ernst Albrecht erklärt David McAllister, Vorsitzender der CDU in Niedersachsen: „Die CDU in Niedersachsen trauert um unseren früheren Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht. Wir verlieren mit ihm eine starke Persönlichkeit und einen großartigen Politiker, der mit Weitsicht und festen Wertvorstellungen unser Land Niedersachsen von 1976 bis 1990 regiert hat.

Fortsetzung von Seite 1

Er hat in seiner Amtszeit enorm viel Positives für die Menschen und für das Land erreicht. Im Mittelpunkt seines Wirkens stand stets eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In der Regierungszeit von Ernst Albrecht wurde die CDU in Niedersachsen vom damaligen Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann geführt. Er selbst war von 1979 bis 1990 stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands. Beide arbeiteten eng zusammen und machten die Landes-CDU in den 1970er und 1980er Jahren zur mitgliederstärksten und erfolgreichsten Partei unseres Landes.

Wir sind Ernst Albrecht zutiefst dankbar für seine Lebensleistung, die er für unser Land und auch für die CDU erbracht hat. Unsere Mitgefühl gilt seiner Familie, der wir in diesen Stunden in tiefer Trauer verbunden sind.“

Ernst Albrecht wurde am 29. Juni 1930 geboren. Er wuchs im niedersächsischen Leuchtenburg an der Landesgrenze zu Bremen auf. Nach dem Abitur studierte er zunächst Philosophie und

Theologie und im Anschluss Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Nach dem Abschluss 1953 als Diplomvolkswirt folgte 1959 die Promotion.

Von 1958 bis 1970 war Ernst Albrecht in verschiedenen Positionen bei der Montanunion und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) tätig, zuletzt als Generaldirektor für Wettbewerb bei der Kommission der EWG in Brüssel. 1971 bis 1976 arbeitete er in leitender Funktion bei Bahlsen in Hannover.

Ernst Albrecht wurde 1970 erstmals in den Landtag gewählt

1970 wurde er erstmals in den Niedersächsischen Landtag gewählt, dem er bis 1990 angehörte. Von 1979 bis 1990 war er zudem stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands. Am 15. Januar 1976 wurde er als Kandidat der Opposition zum Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Alfred Kubel (SPD) gewählt. Er war der erste Niedersächsische Ministerpräsident der CDU. Die Landtagswahlen 1978 und 1982 gewannen Ernst Albrecht und die CDU mit 48,3 Prozent bzw. 50,3 Prozent und errangen jeweils die absolute Mehrheit der Mandate. Von 1986 bis 1990 führte er eine Koalition aus CDU und FDP an.

In seiner Regierungszeit stärkte Ernst Albrecht den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und die ländlichen Räume, reduzierte die Neuverschuldung des Landes und setzte den landesweiten Aufbau von Sozialstationen durch. Mit einer Neuordnung des NDR-Staatsvertrages ermöglichte seine Regierung die Zulassung privater Rundfunksender. 1978 entschied Ernst Albrecht, dass Niedersachsen südvietnamesische Flüchtlinge von der Küste Malaysias aufnahm. Deutschland war damit das erste westliche Land, das sich der Flüchtlingskatastrophe vor der Küste Malaysias annahm. Am 3. Dezember 1978 wurden die ersten 163 der sogenannten ‚boat people' in das Grenzdurchgangslager Friedland gebracht.

Gegen den Widerstand anderer Bundesländer sicherte die Regierung Albrecht Ende der 1980er Jahre den Bestand der ‚Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltung' in Salzgitter. Dort wurde seit 1961 durch die staatlichen Organe der DDR begangenes Unrecht dokumentiert. In seine Amtszeit fiel auch die Entscheidung der damaligen Bundesregierung für das niedersächsische Gorleben als Standort eines geplanten nationalen Entsorgungszentrums für hochradioaktive Abfälle.

Nach der Landtagswahl 1990 und dem Regierungswechsel zog sich Ernst Albrecht aus der niedersächsischen Landespolitik zurück. Er engagierte sich nach der Wiedervereinigung beim wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern und übernahm den Aufsichtsratsvorsitz der maroden Eisenhüttenwerke in Thale (Sachsen-Anhalt). Später erwarb er das Unternehmen gemeinsam mit einem Bremer Kaufmann und verhinderte die Schließung des ehemaligen volkseigenen Betriebes. Als Berater der früheren Sowjetrepublik Kirgisien setzte er sich auch auf internationaler Ebene ein.

Ernst Albrecht lebte auf dem Familiengut in Burgdorf-Beinhorn. Seine Ehefrau Heidi Adele, geb. Stromeyer, verstarb im Jahr 2002. Das Ehepaar hatte sieben Kinder, darunter die stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen.